



17.01.2019

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Wie weiter mit dem Brexit?

Ganz Europa verfolgt seit Tagen gespannt die Vorgänge in London: Das mit der EU verhandelte Austrittsabkommen ist am Dienstag im britischen Unterhaus durchgefallen. Am Mittwochabend überstand Premierministerin Theresa May dann knapp ein von der Opposition eingebrachtes Misstrauensvotum. Das Brexit-Abkommen hatte keine Chance gegen die Quasi-Koalition aus Befürwortern eines harten Brexit ohne Abkommen, aus denjenigen, die in der EU bleiben, aus denjenigen, die ein zweites Referendum wollen und aus denjenigen, die keinesfalls ohne Abkommen ausscheiden, aber auf jeden Fall eine andere Regierung wollen. Nun bleibt abzuwarten, welchen „Plan B“ May am Montag vorlegen wird – sie dürfte darauf bauen, dass die Opposition nach dem gescheiterten Regierungssturz jetzt konstruktiv gegenüber dem Austritts-Abkommen sein kann und darf... Bislang bestimmte die Parteipolitik, jetzt hat das „Wohl des Landes“ eine Chance! Nachverhandelt werden kann jedenfalls nicht, wie auch in der Plenardebatte mit EU-Chefverhandler Michel Barnier deutlich wurde. Das Abkommen sollte eigentlich einen zweijährigen Übergangszeitraum schaffen, in dem die EU ein Freihandelsabkommen mit Großbritannien aushandeln wollte, das die gegenseitige Anerkennung von Produkt- und Sicherheitsstandards und die schwierige Grenzfrage auf der irischen Insel regeln sollte. Bis dahin sollte im Grunde alles so bleiben wie bisher. Nun ist

offen, wie es weitergeht. Wenn es kein Übergangsabkommen und keine Fristverlängerung gibt, kommt es am 29.03. zum harten Brexit: Es gibt dann Zölle um die 10% auf Güter mit den entsprechenden Zollkontrollen, die Briten verlieren den Zugang zu 752 internationalen Abkommen, britische Flugzeuge verlieren europäische Start- und Landerechte, im EU-Haushalt entsteht eine Lücke von 3,5–4 Milliarden Euro, und die britischen Universitäten werden von EU-Forschungsprojekten abgeklemmt. In Nordirland muss sich die Polizei auf ein Wiederaufflammen des Bürgerkriegs vorbereiten, was sie tatsächlich auch schon tut. Exporte nach Großbritannien werden verkompliziert, und EU-Bürger, die weiterhin in Großbritannien leben und arbeiten möchten, unterliegen nur noch britischem Recht. Das Drama um den Brexit zeigt deutlich: Populisten, Nationalisten, Großmacht-Träumern und EU-Gegnern muss ganz entschieden entgegengetreten werden. Ihre vorgeblich einfachen Lösungen funktionieren vorne und hinten nicht und führen nicht zu mehr Souveränität, sondern im Gegenteil zu Chaos und Lähmung.

Verbraucherschutz hat Priorität

Die Genehmigungsverfahren für Pestizide sollen weiter verbessert werden, auch wenn die EU bereits das strengste Zulassungssystem weltweit hat. Mehr Unabhängigkeit, Transparenz und damit mehr Vertrauen werden dafür sorgen, dass Lebensmittel nicht verunreinigt werden und Landwirte diese langfristig produzieren können. Die Regeln bei der Wirkstoff- und bei der späteren Produktzulassung sollen europaweit weiter angeglichen werden.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Der Euro wird 20 Jahre alt

Erinnern Sie sich noch, wann Sie das erste Mal den Euro in der Hand hatten? An das erste „Starter-Kit“ mit Münzen? Man mag es kaum glauben: Unsere Währung feiert dieser Tage tatsächlich bereits ihren 20. Geburtstag. Am 01.01.1999 wurde der Euro als Buchgeld eingeführt, am 01.01.2002 dann als Bargeld. Viele werden den Abschied von der D-Mark noch gut in Erinnerung haben – und gleichzeitig erscheint die Zeit, als man für eine Reise nach Österreich oder Italien zur Wechselstube musste, sehr weit weg. Wir haben den Jahrestag jetzt in einer feierlichen Sitzung mit dem ehemaligen EZB-Chef Jean-Claude Trichet und dem amtierenden Präsidenten Mario Draghi begangen. Dabei erinnerten wir an die Erfolge des Euro, insbesondere bei der Sicherung der Preisniveaustabilität und dem Zusammenwachsen des Euroraums. Der Euro hat das Wechselkursrisiko beseitigt, den Binnenmarkt beflügelt und zu steigendem Wohlstand geführt. Auf dem Weltmarkt profitiert insbesondere die Exportnation Deutschland von moderaten und stabilen Kursen zum US-Dollar und anderen wichtigen Währungen. Entgegen anderslautender Behauptungen weist der Euro eine geringe Inflationsrate auf – ja, er ist gar „härter“, als es die Mark je war! Mit der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise hat der Euro auch schon bewegte Jahre hinter sich, aus denen der Euroraum jedoch letztlich gestärkt und um einige finanzpolitische Erfahrungen reicher hervorgegangen ist. Auch während der Finanzkrise konnte eine Währungskrise – wie sie früher in Europa häufig war – verhindert werden. Die europäischen

Reformprogramme griffen den Krisenländern unter die Arme und sorgten gleichzeitig dafür, dass die Probleme mit der Staatsverschuldung in Angriff genommen wurden. Mittlerweile gehören ehemalige „Programmländer“ wie Portugal zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Euroländern, und der Euroraum ist von ursprünglich 11 auf mittlerweile 19 Länder angewachsen. Ich bin mir sicher: Diese Erfolgsgeschichte ist noch lange nicht am Ende!

Europa auf der Überholspur?

Das Europäische Parlament fordert zum Thema „autonomes Fahren“ eine Intensivierung der Anstrengungen, um auf diesem Gebiet Weltmarktführer zu werden. Es gibt allherhand zu tun: Regulatorische Rahmenbedingungen, Innovation und Infrastruktur sind hierfür nötig. Vor allem um mit den USA, China und Japan Schritt zu halten, sind fundierte Forschung und Entwicklung entscheidend. Gerade vor dem Hintergrund, dass das entsprechende Gesetz in den USA gerade auf Eis liegt, könnte sich die EU einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Besuch aus der Heimat

Schülerinnen und Schüler der St.-Gertrudis-Schule aus Ellwangen waren bei mir.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Ramona Rück aus Stimpfach, Masterstudentin im Fach „Economics and Public Policy“ an der Universität Augsburg, lernt seit Anfang des Monats im Rahmen eines Praktikums in meinem Büro die Gesetzgebung aus anderer Perspektive kennen.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim

im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle